

den Vorschlag, Wasser zu einem Preis anzukaufen, der um das 7-fache höher als der Normalpreis lag. Auch drohte die Wasserabteilung die gesamte Wasserzufuhr einzustellen.

Erst im Oktober d.J. hat die Lokalregierung ihr Verhalten verändert und den Zugang zum Elektrizitätsnetz erlaubt und will nun auch den Wasseranschluss herstellen. Der leitende Manager des Unternehmens kommentierte diese Entwicklung wie folgt: „The Chinese government needs outside pressure to change. We are helping them.“ -schü-

Das Wachstum wurde vor allem durch die bemerkenswerte Außenhandelsentwicklung gestützt sowie durch die Erhöhung der Gewinne staatseigener Unternehmen und der Inlandsnachfrage.

Vierteljährliche BIP-Wachstumsraten (in Prozent)

	1998	1999	2000
1. Q.	7,2	8,3	8,1
2. Q.	6,8	7,1	8,3
3. Q.	7,6	7,0	8,2
4. Q.	9,0	6,8	k.A.

Quelle: China Statistical Bureau, zitiert in AWSJ, 17.10.00.

Binnenwirtschaft

31 Wirtschaftsentwicklung bis zum 3. Quartal

Nach Angaben des Nationalen Statistikamtes verzeichnete die Wirtschaft in den ersten neun Monaten d.J. ein Wachstumstempo von 8,2% und lag damit deutlich über der für dieses Jahr geplanten Vorgabe von 7% BIP-Zuwachs.

Sowohl die inländische Nachfrage als auch der Staatssektor erholten sich nach Einschätzung des Statistikamtes, obwohl in beiden Bereichen noch erhebliche Probleme existierten. Insgesamt jedoch sei die wirtschaftliche Entwicklung deutlich besser verlaufen als zunächst prognostiziert.

Sollte sich das schnelle Wachstumstempo auch im 4. Quartal fortsetzen, dann könnte sich eine Trendwende hinsichtlich des seit 1992 rückläufigen Wirtschaftswachstums abzeichnen. Mit Blick auf den Anstieg der Aufträge für inländische Hersteller, eine Zunahme der Bauaufträge und der starken Exportentwicklung sieht der Sprecher des Statistikamtes durchaus positive Anzeichen einer weiteren Konjunkturerholung. (XNA, 17.10.00)

WIRTSCHAFTSWACHSTUM:

Das Wachstumstempo im 3. Quartal als auch in den ersten neun Monaten insgesamt belief sich auf 8,2% (siehe Tabelle „Vierteljährliche BIP-Wachstumsraten“).

Die Wachstumsrate der Wertschöpfung in den ersten neun Monaten im Primärsektor belief sich auf 2,2%, im Sekundärsektor (Industrie und Bau-sektor) auf 9,8% und im Tertiärsektor auf 8,1%. (XNA, 17.10.00)

INVESTITIONEN/KONSUM/PREIS-ENTWICKLUNG:

Bis zum Ende des 3. Quartals erhöhten sich die festen Anlageinvestitionen um 12,9%. Der Einzelhandelsumsatz stieg um 9,9%. Der Verbraucherpreisindex nahm bis zum 3. Quartal um 0,2% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres zu. (XNA, 17.10.00) Der Einzelhandelspreisindex, der keine Dienstleistungen mit in die Berechnung einbezieht, verzeichnete jedoch eine negative Wachstumsrate von 1,7%. (SCMP, 17.10.00)

EINKOMMEN:

Die konjunkturelle Erholung hat sich nicht überall gleich positiv ausgewirkt. Nach wie vor scheinen die Inlandsprovinzen von der dynamischen Entwicklung der Küstenprovinzen sehr weit entfernt zu sein, und auch die Einkommen der Bauern hinken weiterhin stark hinter denen der städtischen Bevölkerung her. So verzeichneten die Bauern in den ersten neun Monaten d.J. einen Einkommenszuwachs von lediglich 2,5%, während die städtischen Einkommen um 8,4% zulegten. Daraus folgt nach Einschätzung von Yang Guangming von der Akademie für Sozialwissenschaften, dass das Problem der unzureichenden Nachfrage in den ländlichen Gebieten noch nicht gelöst ist. (AWSJ, 17.00)

AUSSENWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG:

Die dynamische Außenhandelsentwicklung hat wesentlich zur Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate beigetragen. In den ersten neun Monaten d.J. nahmen die Ausfuhren um 33,1% zu und erreichten ein Niveau von 182,3 Mrd. US\$. Mit einer Zunahme um 38,7% auf 163,1 Mrd. US\$ wiesen die Importe deutlich höhere Zuwachsraten auf als die Exporte. Trotzdem konnte ein Außenhandelsüberschuss erreicht werden, der sich auf 19,2 Mrd. US\$ belief.

Der Zufluss von Auslandskapital verlief insgesamt sehr positiv. Allerdings lagen die realisierten ausländischen Direktinvestitionen mit einem Volumen von 26,08 Mrd. US\$ um 8,7% niedriger gegenüber der Vorjahresperiode. Die zugesagten Direktinvestitionen wiesen dagegen mit einem Anstieg um 27,9% auf 37,86 Mrd. US\$ eine beachtliche Steigerung auf. (SCMP, 16.10.00) -schü-

32 Weitere Erfolge in der Reform der Staatsunternehmen

Nach Angaben der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission kann damit gerechnet werden, dass nahezu alle Provinzen und Autonomen Regionen in diesem Jahr eine Verbesserung der Gewinnsituation ihrer Staatsunternehmen melden. Dies soll beispielsweise auch für die nordostchinesischen Provinzen Liaoning, Jilin und Heilongjiang gelten, in denen eine hohe Anzahl staatseigener Unternehmen zu finden sind. Alle drei Provinzen haben in den ersten sieben Monaten d.J. eine Zunahme der Gewinne von Staatsunternehmen melden können.

Zwischen Januar bis Juli hatten sich die Gewinne aller Staatsunternehmen um das 1,9-fache gegenüber der Vorjahresperiode erhöht. Von den 14 Schlüsselbranchen wiesen nur zwei niedrigere Gewinne als in der Vergleichsperiode auf.

Verschiedene Gründe werden für diese Kehrtwende in der Entwicklung der Staatsunternehmen angeführt. So wurde damit begonnen, Schulden der staatseigenen Unternehmen in Höhe von 460 Mrd. Yuan von den vier Ver-

mögensverwaltungsgesellschaften umstrukturieren zu lassen. Uneinbringliche Kredite bei den Staatsbanken wurden in einer Höhe von rd. 100 Mrd. Yuan abgeschrieben. Weiterhin erfolgte eine Zuweisung von 19,5 Mrd. Yuan an staatseigene Unternehmen aus Verkaufserlösen von Staatsanleihen. Die Mittel wurden den Unternehmen für Zinszahlungen für Kredite zur Verfügung gestellt, die sie für die technologische Erneuerung aufgenommen hatten.

Über die Umwandlung von Unternehmensschulden in handelbare Wertpapiere konnten viele Unternehmen saniert werden. Das Unternehmen Beijing Cement Plant war beispielsweise nach einer Umstrukturierung seiner Schulden in den Lage, den Verschuldungsgrad von 80% auf 32,4% zu reduzieren. In diesem Jahr erwartet das Unternehmen rd. 20 Mio. Yuan an Gewinnen zu erwirtschaften. (XNA, 10.10.00)

Innerhalb der 9. Fünfjahresperiode (1996-2000) sind nach Angaben der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission folgende Reformmaßnahmen in den Staatsunternehmen durchgeführt worden (XNA, 12. und 17.10.00):

- 1994 wurden 2.473 staatseigene Unternehmen ausgewählt, die umstrukturiert werden sollten. Davon wurden 2.016 in verschiedene Rechtsformen nach dem Unternehmensgesetz umgewandelt.
- Von 94 großen Staatsunternehmen, die direkt der Zentralregierung unterstellt sind, wurden 73% in Kapitalanteils-gesellschaften umgewandelt. Von 420 wichtigen Staatsunternehmen, die lokalen Regierungen unterstellt sind, haben 47% Aktien begeben.
- Ende 1999 notierten die Hälfte (257) der 520 führenden Staatsunternehmen an der Börse.
- Ende 1999 hatten chinesische Unternehmen Kapital in Höhe von rd. 600 Mrd. Yuan aufnehmen können, die meisten dieser Unternehmen waren umstrukturierte Staatsunternehmen.

- Ende 1999 wiesen die 2.473 staatseigenen Unternehmen ein Kapital in Höhe von 493 Mrd. Yuan aus. Der Anteil des Staates an diesem Kapital belief sich auf 367,5 Mrd. Yuan.

Ausländische Analysten sind nach wie vor skeptisch hinsichtlich der ausgewiesenen Erfolge bei der Reform der Staatsunternehmen, die zeitlich genau dem Terminplan der Regierung entsprechen. So hatte Zhu Rongji angekündigt, die meisten Staatsunternehmen innerhalb von drei Jahren, bis Ende 2000, aus der Verlustzone herauszuführen und wettbewerbsfähig zu machen. Mit Blick auf die ausgewiesenen Gewinne der Unternehmen wird außerdem eingewandt, dass auf Grund von unterschiedlichen Bilanzierungsvorschriften ein beträchtlicher Teil der Gewinne nach westlichen Kriterien nicht als solche ausgewiesen würden. Weiterhin sei noch nicht klar, welche Strategie die Regierung bei der Umschuldung zulasten der Vermögensverwaltungsgesellschaften verfolge. Es werde befürchtet, dass es sich bei der Umschuldung lediglich um eine Verzögerungsstrategie handle und dass viele dieser Staatsbetriebe letztlich Konkurs anmelden müssten. (SCMP, 10.10.00)

Zu der noch immer nicht vollkommen durchgeführten Trennung von Regierung und Staatsunternehmen wird sicherlich die im Oktober angekündigte Entscheidung der Wirtschafts- und Handelskommission beitragen. So kündigte diese an, dass die leitenden Manager von großen und mittelgroßen staatseigenen Unternehmen nicht mehr gleichzeitig auch ihre Funktionen in Regierungsorganisationen wahrnehmen dürften. Die leitenden Manager dieser Unternehmen zählten nicht mehr länger zu den Beamten, sondern wären nur noch Unternehmensleiter, die sich den Anforderungen des modernen Unternehmenssystems anpassen müssten. Die Regierung wiederum dürfte auch nicht mehr in die täglichen Abläufe der Unternehmensleitung eingreifen. (XNA, 28.10.00) -schü-

33 Veränderung der Konsumgüterstrukturen und Verbesserung des Lebensstandards

Die Staatliche Entwicklungsplanungskommission verweist in einem Bericht auf die veränderte Konsumgüterstruktur. Der wichtigste Trend dabei sei der Rückgang der Ausgaben für Lebensmittel an den Gesamtausgaben. Die städtischen Konsumenten gaben für Lebensmittel 1995 noch 49,9% aus, bis 1999 ging dieser Anteil auf 41,9% zurück. Die ländlichen Konsumenten mussten 1995 noch 58,6% ihres Einkommens für Lebensmittel verwenden, dagegen im Jahre 1999 nur noch 52,6%. Bis Ende 2000 wird damit gerechnet, dass der Ausgabenanteil für Lebensmittel bei den Städtern auf rd. 40% und bei der ländlichen Bevölkerung auf rd. 50% sinken wird.

Einer anderen Untersuchung zufolge, ist der prozentuale Anteil der Ausgaben für Kleidung an den Lebenshaltungskosten der städtischen Bevölkerung ebenfalls gesunken, und zwar von 13,7% im Jahre 1994 auf rd. 10,5% im Jahre 1999. Dagegen nahmen die Ausgaben für den Wohnraum deutlich zu, vor allem auf Grund der Anhebung der Mieten und der starken Förderung des privaten Kaufs von Wohnungen durch die Regierung. Während 1994 erst 6,8% der Lebenshaltungskosten auf Ausgaben für Wohnraum entfielen, stieg dieser Anteil bis 1999 auf 9,8%.

Die Ausgaben der Städte für die Gesundheit haben sich auf Grund der Veränderungen im Gesundheitssystem und der Verteuerung von Medikamenten und medizinischen Dienstleistungen im Zeitraum 1992 bis 1998 ebenfalls erhöht. Sie stiegen von 2,5% auf 4,7%. Dies gilt auch für die Ausgaben von Transport und Kommunikation sowie für Bildung und Unterhaltung. (NFA, 19.10.00)

Als zahlungskräftige Konsumentenschicht finden Kinder und Jugendliche immer mehr Beachtung. Nach einer Studie in der Tageszeitung *Shanghai Star* gaben die in 15 Großstädten befragten rd. 18.000 Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 19 Jahren an, dass sie im Durchschnitt pro Monat 77 Yuan ausgeben. Ein Anteil von 20% der Befragten gab sogar Ausgaben von

mehr als 100 Yuan an. Der Hauptanteil wurde für Getränke, Snacks, Schreibwaren, Magazine und Zeitungen verwandt. Die Jugendlichen waren der Studie zufolge sehr modeorientiert und trugen Markenschuhe und Kleidungsstücke von bekannten Modeunternehmen. In einer anderen Untersuchung wurde die Kaufkraft der 4,5 Mio. Kinder im Alter zwischen 6 und 15 Jahren in den neun größten Städten auf rd. 6,5 Mrd. Yuan geschätzt. Der Konsum der Kinder setzte sich aus Taschengeld in Höhe von durchschnittlich 60 Yuan pro Monat sowie Geldgeschenken zu den Festtagen zusammen. (NfA, 10.10.00)

Eine deutliche Verbesserung des Lebensstandards ergab sich in Bezug auf den Wohnraum. Die durchschnittliche Wohnfläche für die Städter erhöhte sich zwischen 1995 und 1999 von 8,1 m² auf 9,8 m². Die ländliche Bevölkerung wies 1995 bereits pro Person mit 21 m² eine wesentlich höhere Wohnfläche auf, die sich bis 1999 auf 24,4 m² ausweitete. (XNA, 5.10.00)

Da die Tendenz zu privaten Wohnungskäufen zunimmt, kann dieses Jahr sicherlich mit einer weiteren Zunahme der Wohnraumfläche pro Person gerechnet werden. Nach Angaben der *Economic Daily* entfiel auf private Käufer der Hauptanteil aller Wohnungsverkäufe im Zeitraum Januar bis August d.J. Der durchschnittliche Preis pro Quadratmeter Wohnfläche betrug 1.923 Yuan, ein Anstieg um 5,3% gegenüber der Vorjahresperiode. (XNA, 10.10.00) -schü-

34 Beginn der Liquidationszahlungen an GITIC-Kreditgeber

Ende Oktober wurde aus der Konkursmasse der Guangdong International Trust and Investment Corporation (GITIC) mit Rückzahlungen an die Kreditgeber begonnen. GITIC war im Oktober 1998 von der Zentralbank geschlossen und im Januar 1999 in Konkurs gegangen. Nach Angaben der Liquidatoren, KMPG Peat Marwick Huazen, wurden 215 Unternehmen als Kreditgeber anerkannt.

Das Gesamtvolumen der Verbindlichkeiten von GITIC wurde von den Liquidatoren mit rd. 21 Mrd. Yuan (ca. 5,5 Mrd. DM) festgelegt. Von

den Gläubigern waren zunächst rd. 39 Mrd. Yuan geltend gemacht worden. Erste Rückzahlungen umfassen ein Volumen von rd. 711 Mio. Yuan, das sind 10% des Restvermögens der GITIC bzw. 3,4% der anerkannten Verbindlichkeiten. Schätzungen zufolge existiert eine Verfügungsmasse bei GITIC von rd. 7,2 Mrd. US\$, das bedeutet, dass nur ein Drittel der Verbindlichkeiten bedient werden können. (HB, 1.11.00)

Einem Bericht der *South China Morning Post* vom 14.10.00 zufolge, haben die Liquidatoren die Ansprüche einer Gruppe von Auslandsbanken zurückgewiesen, eine Kreditgarantie anzuerkennen, die von der Hongkonger Tochter der GITIC bereitgestellt worden war. Der Anspruch umfasste einen syndizierten Kredit von rd. 100 Mio. US\$, der an Guangxin Enterprises in Hongkong gegangen und von der Hongkonger GITIC-Tochter abgesichert worden war. Allerdings hatte das Unternehmen diese Garantie nicht der State Administration of Foreign Exchange (SAFE) gemeldet.

Die Liquidatoren hatten die Hälfte des Anspruchs zunächst akzeptiert, da sie auch den Kreditgebern einen Teil der Schuld zusprachen, dass GITIC eine Registrierung der Garantie unterlassen hatte. Die Kreditgeber widersprachen, da für Kreditgarantien im Ausland keine Anmeldung bei SAFE notwendig sei. Mitte Oktober d.J. jedoch lehnten die Liquidatoren die Einwände der Banken ab und verwiesen auf die Anwendung des chinesischen Rechts.

Im Umstrukturierungsprozess der Verbindlichkeiten in Höhe von 4,5 Mrd. US\$ befindet sich noch die Guangdong Enterprises (Holdings), das Investmentunternehmen der Guangdonger Provinzregierung. Zunächst hatte die Provinzregierung eine Unterstützung für das Investmentunternehmen abgelehnt, war aber dann doch eingesprungen, nachdem die ausländischen Kreditgeber auf eine implizite Garantie der Regierung verwiesen hatten. (FT, 2.11.00)

Der Investmentarm der Hainaner Lokalregierung (Hainan Investment and Trust Corp. = HITIC) konnte im Oktober Zinszahlungen auf eine Samureianleihe nicht bedienen. Nach Angaben der Japan Credit Rating Agency war HITIC nicht in der Lage, Rückzahlun-

gen aus der Samureianleihe mit einem Volumen von 129 Mio. US\$ mit Terminen 24. September und 10. Oktober zu erfüllen. Die Anleihe war hauptsächlich von japanischen Investoren gezeichnet worden. (FT, 14./15.10.00)

Nach Angaben der *South China Morning Post* vom 17.10.00 soll HITIC seinen Gläubigern vorgeschlagen haben, einen Abschlag von 50-60% auf die Anleihe zu akzeptieren. Ausländische Analysten gehen jedoch davon aus, dass dieser Vorschlag nicht angenommen wird. Eine weitere „itic“ in großen Schwierigkeiten ist die Dalian Trust & Investment Corp. (DITIC). Im September d.J. erklärte der Bürgermeister von Dalian, Li Yongjin, dass für DITIC ein Konkursverfahren eingeleitet werde, nachdem ein Teil der Schulden gegenüber den ausländischen Kreditgebern getilgt sei. Im August hatte DITIC mit den ausländischen Kreditgebern ein Abkommen über die Rückzahlung von 60% der Kreditsumme unterzeichnet. -schü-

SVR Hongkong

35 Vierte Regierungserklärung Tung Chee-hwas: Ansätze zu einer verstärkten politischen Verantwortlichkeit der Exekutive

Am 11. Oktober gab Tung Chee-hwa seine vierte Regierungserklärung (*policy address* bzw. *shizheng baogao*) seit seinem Amtsantritt als Regierungschef der Sonderverwaltungszone Hongkong im Jahr 1997 ab (vollständiger englischer Text unter www.info.gov.hk).

Tung Chee-hwa setzt mit den jährlichen Regierungserklärungen vor der Legislativversammlung eine von seinem britischen Amtsvorgänger Gouverneur Patten eingeführte Praxis fort (vgl. C.a., 1999/10, Ü 28). Die diesjährige Erklärung stellte für Tung Chee-hwa die letzte Möglichkeit dar, Ziele für die Regierungsarbeit abzustecken, die noch während seiner ersten Amtszeit bis zum Jahr 2002 eingelöst werden könnten, sodass sein staatsmännisches Ansehen und damit seine Chan-